



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
 Fernsprecher 21831 - 33  
 Fernschreiber 0686 690

P/XVI/223 - 3. Oktober 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3	<u>Verraten und verkauft - oder gesichert und geschützt?</u> Von unseren Korrespondenten in den USA	129
4 - 5	<u>Fünf Fragen an Meyers</u> Unklarheiten um die Entlassung des BRD-Landepressechefs Von Wolfgang Jansen	69
6	<u>SPD unter Beschuss</u> Drohungen als Druckmittel	50
6	<u>Die Glosse:</u> <u>Stöckenkicker</u>	25
7	<u>Über die Lauer hinweg</u> Ost-West-Jusitz arbeitet in Berlin noch zusammen	34

\* \* \*  
 \* \*

Verraten und verkauft - oder gesichert und geschützt?

Von unseren Korrespondenten in den USA

New York , Anfang Oktober

Zwischen General Lucius Clay und Präsident John F. Kennedy, wen soll man wählen? Welchem von beiden Sprechern der amerikanischen Regierung soll man trauen? Wer sagt die Wahrheit: der eine, der beim Cocktailglas beiläufig fallen lässt, dass sich beachtliche prinzipielle Wandlungen in amerikanischer Regierungsdenken in bezug auf Deutschland zu vollziehen beginnen und man in Deutschland nüchterne realistische Konsequenzen daraus ziehen müsse, - oder der andere, der feierlich im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten von der Tribüne des Plenarsaales der Vereinten Nationen herab ausruft, dass Amerika zu seinen Verpflichtungen stehen werde ("Wir haben den Willen dazu, und auch die Waffen"), und dass der sowjetische Sonderfriedensplan eine "Schande" und der Plan der "Freien Stadt" eine "Niederträchtigkeit" ist? Wer von beiden spricht für Amerika?

In Amerika selber dreht man die Frage um. Wer, so fragen im Augenblick die Amerikaner, spricht für Deutschland: die nervösen Balkenüberschriften einiger Tageszeitungen, die den Vereinigten Staaten klipp und klar "Verrat" vorzuwerfen beginnen, oder der besonnene und klar blickende Bundespräsident Lübke, der versichert, Deutschland habe keinen Anlass, an seinen Freunden zu zweifeln? Bei allen diesen angstvollen und sachlich berechtigten Fragen gibt es nur eine einzige Antwortmöglichkeit: objektiv und leidenschaftslos zu untersuchen, wo wir allesamt im Augenblick stehen, und wie die amerikanisch-deutschen Beziehungen heute, inmitten der Berlinkrise und während in New York Rusk und Gromyko die ersten Berlinkontakte etabliert haben, einzuschätzen sind. Das ist, ganz nüchtern, die Frage. Es ist eine Lebensfrage - vermutlich für die Menschen auf beiden Seiten des Atlantik, und nicht nur die auf der einen.

Wie konnte es so weit kommen?

Punkt Eins der dabei aufzuzählenden Elemente: wie ist es so weit gekommen, wie konnte das Verhältnis zwischen beiden Ländern, ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht, auf einmal einer solchen gefährlichen Zerreissprobe ausgesetzt werden? Da ist die Sache nach der Schuld an der heutigen Lage, und da ist die Aufzählung leicht, wenn man sie auch nur schweren Herzens vornehmen kann. Erstens sitzt in Berlin nun einmal Chruschtschow am längeren Hebel: rein geographisch, technisch und stärkenmäßig hat er die besseren Trumpfkarten in der Hand. Er vertritt eine schlechtere Sache, in seinem Karten fehlen Recht und Moral, - aber das Gleichgewicht der brutalen Machtmittel neigt sich zu seinen Gunsten, daran lässt sich nicht deuteln. Zweitens liegt die Schuld bei Bonner Amtstellen, die jahrelang Illusionen genährt, realistische Chancen verpasst, diplomatische Möglichkeiten verbaut haben, wofür man die Zeche zahlen muss. Und drittens liegt eine gehörige Mitschuld in Washington, wo die amerikanische Regierung - nicht die jetzige, aber die vorige, von Eisenhower präsiidierte - Chruschtschow kaltlächelnd

konzedierte, dass die Lage in Berlin "anormal" sei und überdies noch, dass die Anwendung von Atomwaffen zum Schutze Berlins undenkbar sei. Damit war dem jubelnden Chruschtschow bestätigt worden, dass er gefahrlos in Berlin vorstossen könnte, - was er ja dann auch nach Herzenslust tat.

### Kennedys Klarstellung

Es war zweifellos, um dies bereits vorweg zu nehmen, Kennedys bisher grösste Tat in der ganzen Berlinkrise, die alte Eisenhower-Theorie zu annullieren und stattdessen Moskau klar zu machen, dass der Einsatz von Atomwaffen sehr wohl denkbar sei, wenn Amerika das zur Sicherung Westberlins und der Zugänge dorthin für notwendig halten sollte. Zweifellos ist die Drohung mit übermächtiger Gewalt und unwiderstehlichen Waffen die einzige Sprache, die man in Moskau versteht, und zweifellos haben Kennedys Massnahmen der Aufrüstung, der Teilmobilmachung, der Verstärkung der Berliner Garnison und der Beschlussfassung über Anwendung der Atomwaffen im Notfall bisher mehr zur Erhaltung des freien Berlins beigetragen als sämtliche vorliegenden Dokumente, die die Unterschriften russischer Staatsmänner tragen.

Aber die Entschlossenheit Präsident Kennedys, treu zu seinen Bündnisverpflichtungen zu stehen und Berlin nicht fallen zu lassen, diese Entschlossenheit, die er mehr als einmal unziesverständlich in Worte gekleidet hat, der auch Staatssekretär Rusk und Verteidigungssekretär McFamara Ausdruck verliehen haben und die also auch bewaffnete Zurückweisung von Gewaltakten nicht ausschliesst, sogar unter Einbeziehung der Atomwaffe, - diese Entschlossenheit des Präsidenten, an der wir nicht zweifeln sollen, hat eine bemerkenswerte Einschränkung, und diese Einschränkung oder Begrenzung ist es, die heute in der Bundesrepublik schmerzhaft empfunden wird. Die Abwehrbereitschaft des amerikanischen Präsidenten ist defensiv, sie beschränkt sich darauf, das Territorium von Westberlin und von der Bundesrepublik und die Freiheitsrechte der darin lebenden Bevölkerung und endlich die Verbindungswege zwischen der Bundesrepublik und Berlin, auf dem Lande wie in der Luft, gegen Übergriffe und Beschneidungsversuche zu schützen. Die Abwehrbereitschaft Amerikas ist dagegen nicht offensiv (und kann es auch nicht sein, da eine solche Interpretation vom amerikanischen Volk nicht gebilligt würde). Amerika kann und darf also seine Gewaltmittel, seine Truppen und seine Atomwaffen, nicht zum Sturz des Ulbricht-Regimes einsetzen, nicht zur Wiederreissung der Zaungrenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR und nicht zur Wiederöffnung von Berlin und Wiederreissung der chinesischen Mauer quer durch die Stadt.

### Bittere Realität

Das ist die etwas bittere Realität, mit der wir uns abzufinden haben werden. Amerikanische Tanks können und werden nicht die Trennmauer eindrücken, so sehr man das auch vielfach in Amerika begrüessen würde, und sie können auch nichts dazu beitragen, verzweifelter Bewohnern der Ostzone, die heute so unendlich erschwerte Flucht nach dem Westen zu erleichtern. Das ist die Lage, auf die sich die Westmächte

festlegen wollen: Schutz des Westberliner Gebietes und der Westberliner Bevölkerung, Schutz des Rechtes, alliierte Truppen dort zu unterhalten, und Schutz der Zufahrtswege nach Westberlin für Zivile wie für Militär. Das ist das "nicht verhandlungsfähige" Minimum von Forderungen, auf das sich die Westmächte auf ihrer letzten Aussenministerberatung festgelegt haben, und es war der bisherigen Bonner Bundesregierung seit langer bekannt, dass man sich so und nicht anders entscheiden würde.

Nur wäre, wenn dieses Minimalprogramm vom Ostblock zugestanden und garantiert werden würde, wenn zuverlässige und hieb- und stichfeste Kontrollklauseln vorgesehen worden und wenn vielleicht überdies noch zur Sicherheit irgend eine Zweig- oder Tochterorganisation der "Vereinten Nationen" in Westberlin ihre Zelte aufrichten würde, darin vermutlich ein gewisser Gewinn zu erblicken, und jedenfalls könnte man dann nicht von einer krassen und schmachvollen westlichen Niederlage reden. Allerdings müsste man wohl selbst für einen solchen Erfolg, so limitiert und bescheiden er auch wäre, einen teureren Preis zahlen. Das ist es ja, was General Lucius Clay - übrigens in ungeschickter und etwas unüberlegter Form - durchblicken liess. Aber das wäre kein endgültiger Verzicht auf die Hoffnung der Wiedervereinigung, die ja so wieso nur unter neuen und veränderten politischen Begleitumständen möglich wäre. Eine bloss da facto-Anerkennung des Ulmerich-Regimes wäre nach amerikanischer Ansicht keine Kapitulation vor Moskau, kein "Erkaufen einer Atompause", keine Preisgabe legitimer Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung der Bundesrepublik und Westberlins gegen sowjetischen Druck.

Das ist die heutige Lage. Man soll sie nüchtern und illusionslos prüfen, und man soll daran denken, dass - etwa im Lichte von Gromykos bitterer und abstossender Berlin-Rede vor den Vereinten Nationen am 26. September - selbst eine solche "Minimallösung" von den Sowjets nur nach langen Peilsichen und Tauziehen abgerungen werden könnte - und noch gar nicht einmal sicher ist, ob sie gutwillig solche Konzessionen machen werden. In dieser überaus zugespitzten und katastrophal gefährlichen Situation ruhen die Hoffnungen aller freien Menschen allein in der Haltung der Vereinigten Staaten in den künftigen Verhandlungen, in der Haltung Husks gegenüber Gromykos und Kennedys gegenüber Chruschtschow. Kennedys Worte und Taten erlauben ein Mindestmaß von Hoffnung und Vertrauen - und der Ast, auf dem man sitzt, soll man nicht leichtfertig absägen.

Fünf Fragen an Meyers

Von Wolfgang Jansen

In Franz Kafkas berühmten Roman wird einem Mann der Prozess gemacht, ohne dass er zunächst erfährt, wessen man ihn eigentlich beschuldigt, Obwohl ein solcher Fall in einem demokratischen Rechtsstaat eigentlich ausgeschlossen sein sollte, gibt es neuerdings im grössten deutschen Bundesland eine Parallele. Bei Franz Meyers wird ein Mann seit Monaten in der Öffentlichkeit herabgesetzt, ohne dass irgendwer erfährt, wessen man ihn eigentlich beschuldigt.

Das Unerhörte dieses Vorganges lässt es notwendig werden, einige Fragen aufzuwerfen, deren Beantwortung sich die Befragten nur dann entziehen sollten, wenn sie etwas zu verbergen haben.

Ohne die Geschichte des an der Dienstausbung verhinderten Landespressescheifs von Nordrhein-Westfalen im einzelnen rekapitulieren zu wollen, sei daran erinnert, dass Herr Ministerpräsident Meyers ihn eines Tages kurzerhand aus seinem Dienstzimmer verwies und zur Rechtfertigung dieser Handlung nachträglich tat, was eigentlich Voraussetzung dieser Handlung gewesen wäre: Er leitete ein Disziplinarverfahren ein.

Dieser allgemeine Ausdruck bedarf der Präzisierung. Vor den Beginn eines Disziplinarverfahrens hat der Gesetzgeber eine Voruntersuchung gesetzt, von deren Ausgang es abhängt, ob ein Disziplinarverfahren überhaupt eröffnet wird. Je nach dem Gang der Voruntersuchung ist der Dienstherr berechtigt, den betreffenden Beamten vom Dienst zu entbinden und gegebenenfalls einen Teil seines Gehaltes oder das volle Gehalt einzubehalten. (Gibt das Disziplinarverfahren später zugunsten des Betroffenen aus, muss ihm freilich das Gehalt nachgezahlt werden.)

1. Frage: Hat Herr Ministerpräsident Dr. Franz Meyers diese Möglichkeiten ausgeschöpft, bevor er in der vergangenen Woche zu neuen Massnahmen griff?

Diese neuen Massnahmen, nämlich den Entzug der Beamteneigenschaft wegen "arglistiger Täuschung" wurden der Öffentlichkeit ohne Berufung auf die disziplinarische Voruntersuchung mitgeteilt. Daher:

2. Ist die Voruntersuchung inzwischen abgeschlossen? Was hat sie ergeben? Rechtfertigt das Ergebnis die Eröffnung des Disziplinarverfahrens?

Der Beamte, den Herr Meyers mit so besonderlichem Fanatismus verfolgt, war zuvor im Bundesernährungsministerium in Bonn tätig,

einer unseres Wissens ordnungsgemäss geleiteten Behörde. Das besagt, dass diese Behörde eine Personalabteilung mit Personalakten hat.

3. Frage: Ist in diesen Personalakten etwa der von Herrn Ministerpräsident Dr. Franz Meyers beanstandete, angeblich verschwiegene, geheimnisvolle Tatbestand enthalten oder wurde auch das Bundesernährungsministerium "arglistig getäuscht"?

Bei der Einstellung eines Beamten des Höheren Dienstes, also vom Regierungsrat auswärts, bedarf es eines Kabinettsbeschlusses, der nicht gegen die Stimmen des Finanz- und des Innenministers gefasst werden darf. Aus diesem Grunde müssen Finanz- und Innenminister vor jeder Kabinettsberatung mit der beabsichtigten Einstellung befasst werden. Sie müssen die entsprechenden Unterlagen vor der Beschlussfassung erhalten. Nicht ohne guten Grund stellen wir die

4. Frage: Wurden Finanz- und Innenminister vor der Einstellung des NRW-Landespressescheffs beteiligt und haben die entsprechenden Unterlagen einschliesslich der Personalakten aus dem Bundesernährungsministerium insbesondere der hierfür zuständigen Abteilung II des Landesinnenministeriums vorgelegen?

Würde diese Frage bejaht werden, so ergäbe sich die weitere, ob etwa Landesinnenminister Dufhues durch sorgfältiges Studium der Akten auf jenen geheimnisvollen Tatbestand hätte aufmerksam werden und so die angebliche "arglistige Täuschung" seines Ministerpräsidenten hätte verhindern können. Müsste man die Frage verneinen, so wird sich Ministerpräsident Dr. Franz Meyers dem Vorwurf nicht entziehen können, bei der Bestellung eines der höchsten Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen - Ministerialdirigenten rangieren dort unmittelbar nach den Staatssekretären, also den Stellvertretern der Minister - mit todenloser Leichtfertigkeit vorgegangen zu sein.

Summa summarum:

5. Frage: Was hat Ministerpräsident Dr. Franz Meyers selbst getan, um nicht "arglistig getäuscht" zu werden? Hat er alle die Sicherheitsmassnahmen beachtet, die in kluger Weise für die Einstellung von Beamten des Höheren Dienstes vorgesehene sind?

+ + +

FDP unter Beschuss

sp - Der Vorsitzende der FDP Mende war, als er sich am Montagabend gezielten Fragen vor dem Fernsehschirm stellte, in keiner glücklichen Lage. Er musste zugeben, er habe sich in der Standfestigkeit der CDU/CSU-Gesprächspartner - er nannte zwar keine Namen, aber es fällt nicht schwer, sie zu erraten - gründlich getäuscht. Ein immerhin peinliches Zugeständnis, müsste man doch erwarten, dass ein Mann, ein Parteiführer sogar, der seit 12 Jahren auf der Bonner politischen Bühne taktiert, seine Pappenheimer doch kennen sollte. So tappte der ahnungslose Mende in eine Falle, in der er sich wohl endgültig verfangen mag - nicht gerade zum Ansehen der von ihm geführten Partei, der weiterer Gesichtsverlust zum tödlichen Verhängnis werden könnte.

Mit welcher gerissenen und in der Wahl ihrer Mittel skrupellosen Verhandlungspartnern es Mende zu tun hat, belegt die von der CDU/CSU ausgestreute Behauptung, es sei eine Änderung des Wahlgesetzes beabsichtigt. Es brauchte im Paragraph 6 Absatz 4 des Bundeswahlgesetzes nur das Wort "oder" durch "und" ersetzt zu werden. Die Bestimmung würde dann lauten: "Bei Verteilung der Sitze auf die Landeslisten werden nur Parteien berücksichtigt, die mindestens fünf von Hundert der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen (halten und (jetzt: oder) in mindestens drei Wahlkreisen einen Sitz errungen haben." Der FDP fuhr der Schreck in die Glieder, als sie dies vernahm, hätte sie doch keine Aussicht, falls diese Änderung im Wahlgesetz vorgenommen würde, bei Neuwahlen in der Bundestag zu gelangen. Eine solche Änderung könnte nur durch eine Mehrheit im Parlament erfolgen. Über diese verfügt die CDU/CSU als Ergebnis des 17. September nicht mehr. Es war also eine leere Drohung, die sie ausstieß, denn niemand von den Sozialdemokraten, deren Zustimmung notwendig wäre, hat die CDU/CSU zu dieser Behauptung ermuntert. Das sind Erpressermethoden, dazu bestimmt, einen ohnehin nicht standfesten Partner noch mehr in die Knie zu zwingen. Diese Drohung bewirkte immerhin noch mehr Verwirrung in den Reihen der FDP. Und damit hat sie wohl ihren Zweck erreicht.

+ + +

Glosse: Spöckenkieker

WJ. Das Wort vom Wählerwillen geht um. Jeder braucht es, so gut er kann, und mancher missbraucht es. Die Erforschung des Wählergewissens erweist sich insbesondere dann als schwierig, wenn es gilt, die eigenen Ansichten ein wenig gewaltsam damit in Einklang zu bringen.

Wohl verstanden: Dass die Wähler sich an den Äusserungen der Parteien orientiert haben dürften und erwarten, die Parteien würden so handeln, wie sie es vor der Wahl versprochen haben, dürfte klar sein. Wer zum Beispiel SPD wählte, war gewiss dafür, dass es "nun endlich keine Zweittracht mehr" geben sollte - denn dies hatte die SPD versprochen. Wer FDP wählte, wollte gewiss, dass Dr. Adenauer nichtwieder Bundeskanzler würde, denn dies hatte die FDP als Ziel herausgestellt. Bis dahin ist die Sache noch ziemlich einfach.

Weitergehende Schlüsse aber führen aufs Glatteis - und dorthin gelangte denn auch die CDU/CSU bei ihrer Analyse des Cochemer Wahlergebnisses. Sie behauptete nämlich zur Erklärung ihrer erheblichen Stimmenverluste gestern schlicht und ergreifend, dass ausschliesslich solche Wähler der Urnen ferngeblieben sind, die ansonsten der CDU ihre Stimme gegeben hätten. Ob die CDU alle die Nichtwähler darüber befragt hat? Auch die Stimmengewinne der bisherigen Oppositionsparteien sind leicht erklärt: Während bis auf die Nichtwähler alle CDU-Anhänger bei der Stange blieben, hat selbstverständlich kein Abtrünniger der Splitterparteien der CDU seine Stimme gegeben. Sie wanderten laut CDU geschlossen - offenbar auf Grund einer entsprechenden Verschwörung - ins Lager der bisherigen Oppositionsparteien.

Für Leute, die Hirngespinnsten nachhängen, gibt es im Westfälischen einen trefflichen Ausdruck. Man nennt sie "Spöckenkieker"!

+ + +

Über die Mauer hinweg

HGB - Nach einer Verlautbarung der Justizverwaltung gibt es weiterhin eine Zusammenarbeit der Justiz und sogar der Verkehrspolizei zwischen Westberlin und Ostberlin. Trotz der Sperrmaßnahmen seit dem 13. August 1961 und ihrer verengenden Folgen ist der Austausch zwischen Strafakten nach einer Feststellung des Hauptstadter Kriminalgerichts in Westberlin weiterhin im Gange.

Es handelt sich aber hierbei vorwiegend um kriminelle Delikte. Politische Strafsachen oder die zahlreichen als kriminell aufgemachten politischen Strafsachen der Ostzonenjustiz der Hilde Benjamin und Genossen wurden schon seit Jahren nicht nach Westberlin übersellt, da sie einer sachgerechten Untersuchung nicht standgehalten hätten. Es gab allerdings stets tragische Grenzfälle, bei denen die politische Absicht zur Zerstörung eines Lebens der "staatsfeindliche Ulvichus" so geschickt in kriminelle Tatbestände "eingepackt" worden war, dass es manche komplizierte und für den einzelnen unglückliche Entscheidung gab. Anfragen von Rechtsanwälten im privaten Auftrage ihrer Mandanten aus Westberlin werden von den Behörden der DDR meist nicht beantwortet. Dagegen verfügte die ostzonale Rechtspflege in Westberlin bis vor kurzem und wohl auch heute noch über ein paar ihr geschickte und getreue Anwälte, die zum Teil mit dem ostberliner Staatsanwalt Dr. Karlfriedrich Kaul zusammenarbeiten.

Auch bei Verkehrsakten wird noch zusammengearbeitet. Es handelt sich um Verfälle, die vor der Absperrung erfolgten oder auf den Interzonenbahnen. Beweismaterial wird allerdings aus dem Osten nur dann erteilt, wenn die Westfahrer eindeutig schuldig sind. Bei Verwicklungen mit der Verkehrsstrategie der Sowjets und den "Nationalen Streitkräften der DDR" gibt es überhaupt keine Akten. Dafür zahlen aber die Westberliner auf den Autobahnen Straßgebühren, die bereits sechsstellige Zahlen erreicht haben sollen. Beschwerden dagegen versacken in den Rathäusern des Ostens. Jedenfalls eines beruhigt den Berliner: Goldschrankknacker, Lustmörder, Wechselräuber und Juweliendiebe sind immer noch in beiden Teilen Berlins "unerwünscht", ihre Strafakten werden herüber und hinübergerichtet, man weiß allerdings nicht, ob auch dann, wenn sie Mitglied der SED sind.

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler